Linke

Kritik an Lafontaine

Führende Politiker der Linken gehen auf Distanz zu Oskar Lafontaine, Fraktionschef der Partei im Saarland. Kürzlich hatte er Verständnis für Selbstmordattentäter geäußert: „Was sollen die Armen machen im Vorderen Orient, die seit Jahren dem Kolonialismus ausgesetzt sind? Sie haben keine Bomben, sie haben keine Raketen, sie haben keine Heere, die sie auf den Weg bringen können, um ihre Interessen zu wahren – und dann greifen sie zum Selbstmordattentat.“ Linken-Chef Bernd Riexinger sagte, zwar habe die westliche Politik zur Destabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens beigetragen; aber: „Gewalt gegen unschuldige Zivilisten als Reaktion auf Unterdrückung ist nicht legitim.“ Islamischer Fundamentalismus und Terrorismus habe vielschichtige Ursachen. „Wir geben uns nicht mit einfachen Antworten zufrieden.“ Auch der Linken-Bundestagsabgeordnete Stefan Liebich widerspricht Lafontaine: „Terroristen wahren nicht die Interessen der Armen, sondern schaden ihnen. Ihre Taten bringen keine gerechtere Welt, sondern nur neues Leid.“ Fraktionschefin Sahra Wagenknecht hingegen sieht eine „bewusste Falschinterpretation“. Lafontaine sei es „in keiner Weise um die Rechtfertigung verbrecherischer Terroranschläge“ gegangen. stb

Lafontaine

HERMANN BREDEHORST / POLARIS / LAIF

Flüchtlinge

Seehofer lädt zum Praktikum

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer hat in der Flüchtlingskrise den Ton noch einmal verschärft. „Der Bund ist in erster Linie dafür verantwortlich, dass es mit den Abschiebungen nicht vorangeht“, sagte der CSU-Chef. Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge lägen Hunderttausende unbearbeiteter Asylanträge. „Je länger die Verfahrensdauer ist, desto schwieriger wird die Rückführung von Flüchtlingen“, sagte Seehofer und griff zugleich CDU-Generalsekretär Peter Tauber an, der zuvor erklärt hatte, die Länder müssten bei der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber deutlich zulegen. „Wenn der CDU-Generalsekretär nun behauptet, bei den Ländern läge das Vollzugsdefizit, dann kann ich ihn nur zu einem Praktikum nach Bayern einladen“, sagte der bayerische Ministerpräsident. rp

SPD

60 Milliarden investieren

Die SPD will viel Geld in die Hand nehmen, um die Investitionen in Deutschland anzukurbeln. Das geht aus einem Positionspapier hervor, das maßgeblich vom Stuttgarter Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid stammt. Die Sozialdemokraten wollen die Vorlage auf einer Klausur an diesem Sonntag und Montag im brandenburgischen Nauen verabschieden. Die Genossen fordern darin jährlich 60 Milliarden Euro an zusätzlichen öffentlichen und privaten Investitionen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Dabei dürften weder öffentlich-private Partnerschaften noch eine höhere Kreditaufnahme Tabu sein. Für ein zukunftsfähiges Gigabitnetz will die SPD bis 2025 jährlich zehn Milliarden mobilisieren. Auch zur Bildungspolitik gibt es eine Reihe von Vorschlägen. „Der bildungspolitische Flickenteppich tut unserem Land nicht gut“, heißt es, deshalb brauche es „eine bessere Koordinierung und Zusammenarbeit in der Bildungspolitik“. So müssten Abschlüsse bundesweit kompatibler werden. Das Kooperationsverbot, das dem Bund Hilfen im Schulbereich untersagt, solle fallen. Schließlich wollen die Genossen höhere Investitionen und eine gezielte Strukturpolitik für schwächere Regionen. kn

Rüstung

Mehr Exporte nach Saudi-Arabien

Der Wert der Ausfuhrgenehmigungen für deutsche Rüstungsgüter nach Saudi-Arabien ist im vergangenen Jahr im Vergleich zu 2014 um fast 30 Prozent auf rund 270 Millionen Euro gestiegen. Das geht aus aktuellen Zahlen des Bundeswirtschaftsministeriums hervor, nach denen der Abgeordnete der Linken Jan van Aken gefragt hatte. Genehmigt wurden Komponenten für die Kampfflugzeuge „Tornado“ und „Eurofighter“, unter anderem auch Abfeuereinrichtungen. Zudem dürfen Teile für Haubitzen- und Mörsermunition sowie für gepanzerte Transporter ausgeführt werden. Nicht erlaubt hat Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) den erneuten Export von Kleinwaffen. Die genehmigten Güter gingen größtenteils nicht direkt nach Saudi-Arabien, sondern wurden bei Herstellern etwa in Frankreich oder Großbritannien verbaut und von dort auf die Arabische Halbinsel geliefert. Die meisten Exporte habe man gestattet, weil sich Deutschland im Rahmen von Gemeinschaftsprojekten dazu verpflichtet habe, heißt es in der Mitteilung des Ministeriums. Van Aken will diese Begründung nicht gelten lassen. „Die Genehmigungen zeigen, dass Gabriel trotz gegenteiliger Beteuerungen auch die Lieferung von offensiven Waffen nach Saudi-Arabien unterstützt.“ gt

Datenschutz

Wertvolle Details

Der Verband der Reservisten der Bundeswehr (VdRBw) hat offenbar Schindluder mit den Daten seiner über 100 000 Mitglieder getrieben. Im vergangenen Jahr schloss der VdRBw einen Vertrag mit der Luxemburger Advanzia Bank ab. Die sollte künftig die Mitgliederausweise drucken, und zwar in Form einer goldenen MasterCard-Kreditkarte. Die kostenlose Kreditkartenfunktion konnten sich die Reservisten ab vergangenen Oktober freischalten lassen. Der Verband hatte versichert, dass die Bank erst dann alle persönlichen Daten der VdRBw-Mitglieder erhalte, wenn diese mit ihrer Unterschrift die Kreditkartenfunktion freischalten würden. Doch offenbar wurden der Bank von Anfang an weit mehr Daten übermittelt als die zum Druck der Mitgliederausweise notwendigen Angaben. Für Kredithäuser sind solche Datensätze extrem wertvoll, um neue Kunden zu gewinnen. Der VdRBw räumt ein, dass es bei der Übermittlung der Mitgliedsdaten „zu einem Fehler“ gekommen sei. Angeblich habe ein Mitarbeiter versehentlich die gesamten Daten, inklusive Geburtsdatum, Telefonnummern und E-Mail-Adressen an die Advanzia Bank übermittelt. Der Verband habe inzwischen „eine lückenlose Überprüfung des Sachverhalts veranlasst“. Zudem habe man die Bank aufgefordert, die Daten zu löschen. js